

Sessionsvorschau

Herbstsession 9. – 27. September 2019



Übersicht

Beide Räte

17.069 Urheberrechtsgesetz. Änderung

19.016 Standortförderung 2020-2023

Nationalrat

18.052 Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative sowie

18.441 Pa.Iv. SGK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative

11.404 Pa. Iv. Fraktion G. Unabhängige Lohngleichheitskommission für die Umsetzung der Lohngleichheit

18.077 Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe

19.026 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative

19.3413 Mo. FK-NR. Wirkungsmessung im BFI-Bereich

17.059 Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz

Ständerat

19.3748 Po. Cramer. Arbeit auf Abruf regeln

19.3738 Mo. Müller Philipp. Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub

14.449 Pa.Iv. Altherr. Überhöhte Importpreise. Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland

18.306 Kt.Iv. Tessin. Bekämpfung des Lohndumpings. Erweiterung des Begriffs der missbräuchlichen Kündigung

18.3235 Mo. Ständerat (Engler). Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages

18.4194 Mo. Stöckli. Mehrwertsteuer für ausländische Tour Operators

17.071 Totalrevision des CO₂- Gesetzes nach 2020

19.023 Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Empfehlung

Art. 19 Abs. 1 URG Bst. d. gemäss Mehrheit RK-N

Folgt per Nachtrag

Empfehlung

Ablehnung

Nichteintreten

Ablehnung

Folgt per Nachtrag

Ablehnung

Ablehnung

Folgt per Nachtrag

Empfehlung

Ablehnung

Ablehnung

Folgt per Nachtrag

Ablehnung

Folgt per Nachtrag

Folgt per Nachtrag

Folgt per Nachtrag

Ablehnung Volksinitiative und Annahme indirekter Gegenvorschlag

Beide Räte

17.069 Urheberrechtsgesetz. Änderung (NR: 10.9. / SR: 12.9.)

Stand der Beratungen: Differenzbereinigung.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Ergänzung von Art. 19 Abs. 1 URG um Bst. d. gemäss erster Lesung des Nationalrats und seiner vorberatenden Kommission anzunehmen.

Der Nationalrat hatte bereits am 15. Dezember 2018 mit klarer Mehrheit beschlossen, die Werkverwendung in privaten Räumlichkeiten von Hotels, Ferienwohnungen, Spitälern und Gefängnissen als Eigengebrauch zu definieren. Für den Konsum von Radio- und Fernsehsendungen im privaten Rahmen eines Hotel- oder Spitalzimmers, einer Ferienwohnung oder einer Gefängniszelle muss heute eine Urheberrechtsvergütung entrichtet werden, obwohl die Werkverwendung zum Eigengebrauch grundsätzlich unentgeltlich ist. Diese Ungleichbehandlung ist nicht sachgerecht. Was in privaten Räumen zu Hause oder im Hotelzimmer bzw. Spitalzimmer geschieht, ist auch urheberrechtlich gleich zu behandeln. Die erneut von der Mehrheit (18 zu 6 Stimmen) der RK-N zur Annahme empfohlene Präzisierung in Art. 19 Abs. 1 Bst. d URG wird von HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz klar unterstützt. Es ist zu wünschen, dass sich der Ständerat dem Entscheid in der Differenzbereinigung anschliesst.

19.016 Standortförderung 2020-2023 (SR: 11.9. / NR: 18.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

Nationalrat

18.052 Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub- zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative sowie

18.441 Pa.Iv. SGK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative (11.9.)

Stand der Beratungen: Im Zweitrat

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen und nicht auf den indirekten Gegenentwurf einzutreten.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz sind als Verbände bestrebt, die Branche für Arbeitnehmer attraktiv zu gestalten und den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen auch in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht zu werden. Die Veränderungen benötigen für die Umsetzung innerhalb der Beherbergungsbranche eine gewisse Zeit. Eine brancheninterne Regelung ist das Ziel und einer gesetzlichen Pauschalregelung klar vorzuziehen. Dies auch aus Kostensicht angesichts des Bedarfs von zusätzlichen Lohnabzügen in der Höhe von 0.06%. Aufgrund verschiedener weiterer Gesetzesvorlagen könnten sich diese Abzüge zudem noch zusätzlich erhöhen. Bevor neue Sozialausgaben beschlossen werden, sollte zuerst die Altersvorsorge auf ein solides Fundament gestellt werden. Aus diesen Gründen sollte der Nationalrat die Volksinitiative gemäss Mehrheit der WBK-N ablehnen und auf den indirekten Gegenvorschlag nicht eintreten, wie es die Kommissionsminderheit empfiehlt.

11.404 Pa. Iv. Fraktion G. Unabhängige Lohngleichheitskommission für die Umsetzung der Lohngleichheit (11.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Initiative abzulehnen.

Die Initianten fordern die Schaffung einer Lohngleichheitskommission mit weitreichenden Kompetenzen, obwohl Betriebe bereits mit zahlreichen staatlichen Kontrollen unterschiedlichster Art überprüft werden. Aus Sicht der Beherbergungsbranche ist diese Forderung klar abzulehnen. In Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen würde die Einführung einer Lohngleichheitskommission überdies zu Schwierigkeiten betreffend Kompetenzabgrenzung von Lohnkontrollen führen. Die Revision des Gleichstellungsgesetzes und die daraus resultierenden Verpflichtungen sind genügend, um die Lohngleichheit voranzubringen. Dieser Ansicht ist richtigerweise auch die vorberatende Kommission.

18.077 Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe (12.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

19.026 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative (16.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen.

Die Beherbergungswirtschaft ist vital auf die Personenfreizügigkeit angewiesen und fordert die Ablehnung der Volksinitiative, wie es auch die SPK-N empfiehlt. Trotz Stellenmeldepflicht akzentuiert sich der Fachkräftemangel in der Branche. Wichtig ist ein möglichst flexibler Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Die Kontingentierung der Zuwanderung würde das Arbeitsangebot verringern und die Kosten der Arbeitskräfteerkrutierung erhöhen. Eine Kündigung der Bilateralen I würde zudem zu einem deutlich schwächeren Wirtschaftswachstum in der Schweiz führen. Kumuliert über die Jahre bis 2035 entspricht dies laut Studien einer Einbusse des Schweizer BIP von 460 bis 630 Milliarden Franken. Dieser Wirtschaftsabschwung ist nicht nur schädlich für den Schweizer Standort insgesamt, sondern trifft nachgelagert auch die Hotellerie.

19.3413 Wirkungsmessung im BFI-Bereich (18.09.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Motion abzulehnen.

Die Wirkungen von Bildung, Forschung und Innovation sind enorm vielfältig und zeigen sich in vielen Fällen erst längerfristig. Bereits jetzt werden sie auf verschiedene Weise nachverfolgt. Das geforderte Instrument droht zusätzlichen Verwaltungs- und Mittelaufwand zu verursachen, ohne ausreichende Aussagekraft zu besitzen.

17.059 Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz – Entwurf 3 (24./25.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

Ständerat

19.3748 Po. Cramer. Arbeit auf Abruf regeln (11.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, das Postulat abzulehnen.

Die Beherbergungswirtschaft ist eine jener Branchen mit einer saisonal schwankenden Nachfrage, die auf Mitarbeitende mit unregelmässigen Einsätzen angewiesen ist. Im allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag wird echte Arbeit auf Abruf jedoch explizit nicht empfohlen. Zur Arbeit auf Abruf besteht eine gefestigte Rechtsprechung zum Schutz der betroffenen Mitarbeitenden. In der Praxis ist die Abgrenzung solcher Arbeitsverhältnisse äusserst komplex. Eine starre Regelung mit einem garantierten Mindestpensum ist aus diesem Grund abzulehnen und beeinträchtigt das liberale Arbeitsrecht. Die Regelung solcher Arbeitsverhältnisse soll weiterhin den Sozialpartnern betroffener Branchen überlassen werden.

19.3738 Mo. Müller Philipp. Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub (12.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Motion abzulehnen.

Die Motion verlangt eine Gesetzesänderung, in welcher der bestehende Mutterschaftsurlaub durch einen flexiblen 16-wöchigen Elternurlaub ersetzt werden soll. Zweifellos sind Familienformen und Anforderungen an arbeitsrechtliche Möglichkeiten im Wandel begriffen. Die Beherbergungswirtschaft will diesen Trends mit Branchenlösungen adäquat begegnen. Aus diesem Grund sind die Motion wie auch die derzeitigen Vorschläge für einen gesetzlichen Vaterschaftsurlaub abzulehnen. Es ist zudem fraglich, ob eine Umverteilung des heutigen gesetzlichen Mutterschaftsurlaubes im Sinne des Motionärs geeignet ist, das traditionelle Rollenverständnis aufzubrechen oder andere familienpolitische Massnahmen nicht zielführender wären.

14.449 Pa.Iv. Altherr. Überhöhte Importpreise. Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland (16.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

18.306 Kt.Iv. Tessin. Bekämpfung des Lohndumpings. Erweiterung des Begriffs der missbräuchlichen Kündigung (16.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

hotelleriesuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Kantonsinitiative abzulehnen.

Die Beherbergungswirtschaft setzt sich – auch trotz andauerndem politischem Druck nach mehr Regulierung des Arbeitsmarktes - für ein liberales Arbeitsrecht ein. Die Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen muss im Grundsatz den Vertragsparteien oder den Sozialpartnern überlassen werden. Nicht zielführend sind hingegen die in der Standesinitiative vorgeschlagenen Massnahmen: Lohndumping oder Kündigungen können dadurch nicht verhindert werden, würden jedoch zu einer Zunahme von arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten führen.

18.3235 Mo. Ständerat (Engler). Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (18.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

18.4194 Mo. Stöckli. Mehrwertsteuer für ausländische Tour Operators (18.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

17.071 Totalrevision des CO2- Gesetzes nach 2020 (25.9.)

Die Empfehlung folgt per Nachtrag.

19.023 Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (26.9.)

Stand der Beratungen: Im Rat noch nicht behandelt.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen und den indirekten Gegenvorschlag anzunehmen.

HotellerieSuisse und Parahotellerie Schweiz unterstützen den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates und lehnen die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" ab, wie dies auch die Mehrheit der vorberatenden Kommission empfiehlt. Die Verankerung eines Verbots in der Bundesverfassung ist unverhältnismässig und würde in die Autonomie der Kantone eingreifen. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates schlägt jedoch gezielte Massnahmen vor, um das Wahrnehmen der öffentlichen Aufgaben sicherzustellen und wahrt die Verhältnismässigkeit. Für den Schweizer Tourismus werden neue Wachstumsmärkte wie die Golfstaaten immer relevanter. In einigen Regionen der Schweiz steuern die Gäste einen erheblichen Beitrag zur touristischen Bruttowertschöpfung bei. Diesem Umstand trägt der indirekte Gegenvorschlag Rechnung, wie auch dem Bild einer offenen und gastfreundlichen Schweiz.